



### Presseschau vom 03.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondenT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

[de.sputniknews.com](#): Betrogene Auftragnehmer von Eurovision Song Contest planen Proteste in Kiew

Wegen der nicht bezahlten Aufträge der Nationalen Fernsehgesellschaft der Ukraine für den Eurovision Song Contest planen etwa 100 ukrainische Unternehmen am Dienstag Proteste vor dem Regierungsgebäude in Kiew.

Sie fordern die Erstattung der Schulden in Höhe von insgesamt 400 Millionen Griwna (etwa 13,5 Millionen Euro), berichtet die Ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN.

Die Veranstalter der Protestaktion erwarten 107 Teilnehmer. Der Song-Contest-Produzent Pavel Grizak behauptete, die Schulden betragen nur 142 Millionen Griwna, und dementierte das Gerücht, dass der diesjährige Wettbewerb der teuerste war. Laut Grizak betrugen die Veranstaltungskosten 20,4 Millionen Euro. Die Nationale Fernsehgesellschaft hat die Auftragnehmer nicht bezahlt.

Unter anderem blieb das Engagement der Eurovision-Moderatorin Anna Butkewitsch unbezahlt. Sogar ihr Abendkleid für die Eröffnungszeremonie musste sie sich selber besorgen. Mitte Mai noch hatte der russische Präsident Wladimir Putin gesagt, dass die ukrainische Seite nicht in der Lage sei, solche Veranstaltungen durchzuführen.

[Timer-odessa.net](#): Die im Zusammenhang mit dem 2. Mai Angeklagten bleiben einen weiteren

## Monat in Haft

Das Stadtgericht von Ilitschowska (von der Obersten Rada in Tschernomorsk umbenannt) unterstützte den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Haftzeit der Aktivisten des Kulikower Feldes, die beschuldigt werden der Massenunruhen auf dem Gretscheskij-Platz am 02. Mai 2014, zu verlängern.

Eine entsprechende Entscheidung fällten die Richter gegen 22:30 Uhr am 02. Juni.

Die Staatsanwaltschaft hatte beantragt, die Beschuldigten in Haft zu belassen, da nach Meinung der Ankläger ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie untertauchen oder Zeugen beeinflussen. Die Verteidigung nannte die Vorwürfe haltlos, doch das Gericht beschloss erneut, sich auf die Seite der Staatsanwaltschaft zu stellen.

Zuvor hatte das Gericht eine Reihe von Anträgen der Beschuldigten geprüft und abgelehnt, darunter den Ausschluss des Vertreters der Staatsanwaltschaft, der die Klage vor Gericht führt.



[http://timer-odessa.net/uploads/2017/06/obvinyaemih\\_po\\_delu\\_2\\_maya\\_ostavili\\_pod\\_strajey\\_esche\\_na\\_mesyats\\_6152.jpg](http://timer-odessa.net/uploads/2017/06/obvinyaemih_po_delu_2_maya_ostavili_pod_strajey_esche_na_mesyats_6152.jpg)

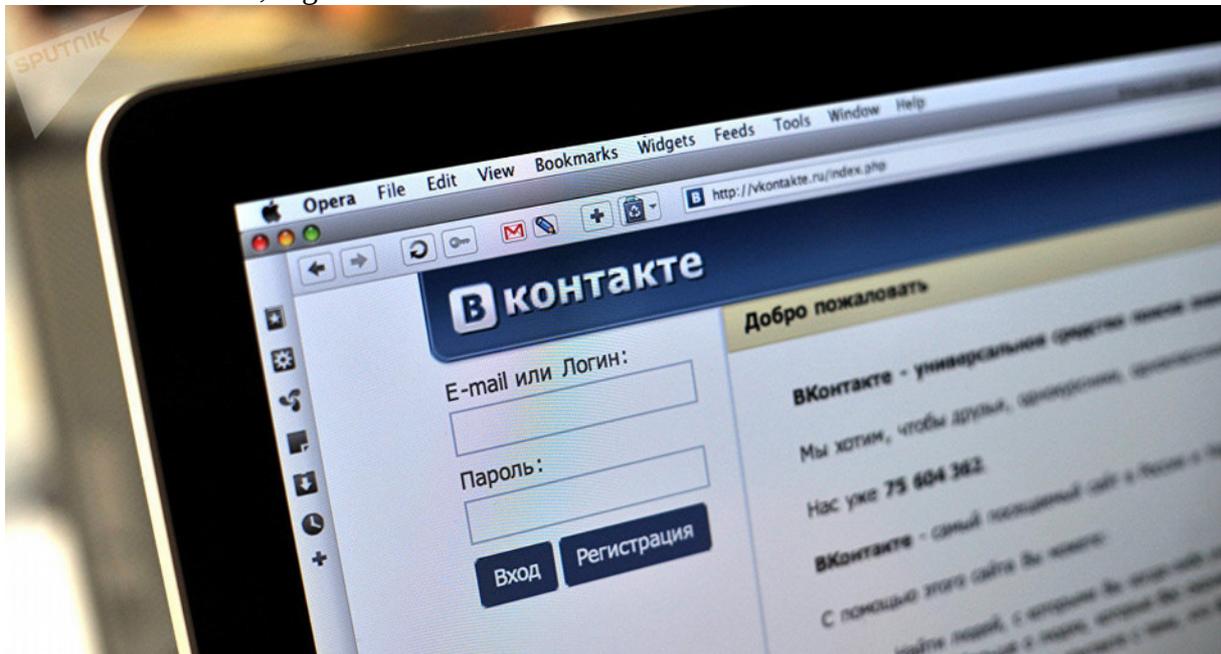
de.sputniknews.com: Putin: Ukraine sperrt soziale Netze, Westen hüllt sich in Schweigen  
Die Ukraine sperrt soziale Netze, und der Westen hüllt sich in Schweigen, erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin am Freitag in der Plenarsitzung des St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums (SPIEF).

„Sie (Kiewer Behörden) machten die sozialen Netze Vkontakte und Odnoklassniki, die Suchmaschine Yandex und den Service mail.ru dicht. Gesperrt wurden auch alle russischen Massenmedien, unsere Künstler und Journalisten werden nicht ins Land gelassen“, sagte Putin.

„Sie Journalisten, wo bleibt denn der freie Informationsaustausch? Wer gewährleistet das, darunter in der Ukraine? Warum schweigen alle? Warum werden alle Forderungen ausschließlich an Moskau gerichtet? So werden wir kein einziges Problem lösen können. Wenn Sie diese Suppe schon mal eingebrockt haben (...), dann tun Sie wenigstens etwas, um

das Problem zu lösen. Es genügt nicht, mit dem Finger dauernd auf Russland zu zeigen“, kritisierte Putin.

Der Präsident äußerte die Hoffnung, dass Entscheidungsberechtigte seine Aussagen mitbekommen. „Sie sind sich über meine Position im Klaren. Aber ich möchte, dass sie sie noch einmal hören“, sagte Putin.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31581/53/315815383.jpg>

lug-info.com: Die Einwohner der Republik ehrten das Andenken der in Folge des Luftangriffs der ukrainischen Streitkräfte auf das ehemalige Verwaltungsgebäude Getöteten Die Gedenkundgebungen für die Zivilisten, die in Folge des Luftschlages der ukrainischen Armee auf das Zentrum von Lugansk am 02. Juni 2014 getötet worden waren, fanden heute in verschiedenen Städten und Gebieten der Republik statt.

Das Kampfflugzeug SU-25 der ukrainischen Luftwaffe hatte am 2. Juni 2014 gegen 15:00 Uhr einen Luftschlag auf die Lugansker Oblastverwaltung (OGA) geführt, vermutlich mit 80-mm un gelenkten Luftraketen S-8 und das Gebäude aus den Bordkanonen des Kalibers 30mm beschossen. Im Zentrum der Stadt waren unter Beschuss das Gebäude der Lugansker Oblastverwaltung, der Parkplatz davor und der Platz der Helden des Großen Vaterländischen Krieges. Es starben 8 Menschen – 3 Männer und 5 Frauen. Splitterverletzungen erlitten etwa 30 Menschen, einige davon wurden in lebensbedrohlichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Unter den Toten war die damalige Gesundheitsministerin der LVR Natalja Archipowa und Alexandr Gisai, der Leiter der militär-patriotischen Vereinigung „Kaskad“, ein Afghanistanveteran, einer der erfahrensten Aufklärer der Ukraine, ein Historiker und gesellschaftlicher Aktivist.

Im OSZE-Bericht vom 2. Juni 2014 werden die tragischen Ereignisse sehr zurückhaltend erwähnt: „Kurz nach 15:00 trafen Raketen das besetzte Gebäude der regionalen Administration. Auf Grundlage der Beobachtungen der Vertreter der OSZE, die nur über unvollständige Daten verfügen, wurde der Schlag unter Verwendung von un gelenkten Raketen, die aus einem Flugzeug abgefeuert wurden, ausgeführt. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt.“

In einer offiziellen Erklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine, die am Abend desselben Tages veröffentlicht wurde, heißt es, dass am 2. Juni am Rand von Lugansk „die Luftwaffe der Armee der Ukraine arbeitete“. Nach den Daten des Ministeriums wurde zur

Mittagszeit von Kampfflugzeugen SU-25 ein Schlag gegen die Positionen der Volksmiliz durchgeführt. Die Kiewer Militärs behaupteten, dass die Flugzeuge zwei Checkpoint zerstört und „ihre Kampfaufgabe hervorragend erfüllt“ hatten. Nach 15 Uhr waren Hubschrauber unter dem Schutz eines Jagdflugzeugs MiG-29 im Einsatz“. „In Folge des professionellen Handelns der Kämpfer der Luftstreitkräfte der Ukraine wurden 3 Objekte der bewaffneten Kämpfer zerstört“, hieß es damals in der Behörde.

Später behauptete der Sprecher der „ATO“ Wladiskaw Selesnjew, dass die Luftwaffe der Ukraine keinen Schlag gegen das Lugansker Verwaltungsgebäude ausgeführt hätte. Die von Kiew kontrollierten Medien übernahmen kritiklos die Version, dass die Volksmiliz der LVR auf das Flugzeug der Luftstreitkräfte der Ukraine aus einem tragbaren Flugabwehr-Raketensystem geschossen hätten, doch die Rakete hätte auf die Wärme der Klimaanlage, die sich an der Wand des Gebäudes des OGA befand, reagiert.

<iframe width="960" height="540" src="https://www.youtube.com/embed/6wWkGIcHqPY" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/6wWkGIcHqPY>



<http://img.lug-info.com/cache/f/3/Slavyanoserbsk.JPG/w620h420.jpg>



[http://img.lug-info.com/cache/4/0/\(2\)\\_DSC\\_0087.JPG/1000.jpg](http://img.lug-info.com/cache/4/0/(2)_DSC_0087.JPG/1000.jpg)

de.sputniknews.com: Putin: Kiew unternimmt alles gegen Fortschritt von Minsk-2 – Westen missachtet das

Die ukrainische Regierung tut laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin alles, um die Umsetzung der Minsker Abkommen nicht zuzulassen, wobei man das im Westen nicht merkt oder nicht merken will.

„Wir (Russland – Anm. D. Red.) können nicht das tun, was die Kiewer Regierung tun muss. Dort unternimmt man jedoch alles, damit nichts besser wird. Das war’s“, sagte Putin am Freitag in einer Plenarsitzung beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Zur Moderatorin der Plenarsitzung, der NBC News-Journalistin Megyn Kelly, sagte er: „Sie achten auf einige Dinge gar nicht oder tun so, als ob sie diese nicht bemerken würden. Ich meine natürlich nicht Sie persönlich, sondern die westlichen Massenmedien und meine westlichen Partner“, so Putin abschließend...

dan-news.com: Schüler aus dem durch Kiew kontrollierten Teil des Donbass können am Literaturwettbewerb in Donezk teilnehmen

Schüler aus den durch Kiew kontrollierten Territorien des Donbass sind eingeladen zur Teilnahme am Republikanischen Rezitationswettbewerb „Wir lesen Puschkin“, der dem 218. Geburtstag des großen russischen Dichters gewidmet ist. Dies wurde heute vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der DVR erklärt...

Weiter wurde ausgeführt, dass für die Teilnahme an diesem Wettbewerb sich Schüler aus praktisch allen Städten und Bezirken der Donezker Volksrepublik angemeldet hatten. Die Schüler aus dem von Kiew kontrollierten Teil des Donezker Oblast sollten ein Video mit dem Vortrag von Gedichten Puschkins per Mail an das Ministerium senden, zusammen mit einer kurzen Information über sich....

de.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundesaußenminister Sigmar Gabriel haben in St. Petersburg die bilateralen Beziehungen der beiden Länder erörtert, teilte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mit.

„Am Ende des Arbeitstages hat Wladimir Putin im Konstantinpalast den deutschen Außenminister Sigmar Gabriel empfangen, der zum St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum eintraf. Sie erörterten Fragen der bilateralen russisch-deutschen Beziehungen“, sagte Peskow gegenüber Journalisten.

Gabriels mögliche Reise nach St. Petersburg wurde bis zuletzt als Geheimnis gehütet. Das internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg, dessen Ziel in diesem Jahr darin besteht, eine neue Ausgeglichenheit in der globalen Wirtschaft anzustreben, findet vom 1. bis 3. Juni statt. In diesen drei Tagen werden insgesamt etwa 12.000 Teilnehmer erwartet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31600/40/316004039.jpg>

Dan-news.info: „Um 20:30 wurde in der Folge von Beschüssen durch ukrainische Truppen die Stromversorgung der **Donezker Filterstation** unterbrochen“, teilte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung mit.

Nach Angaben des operativen Kommandos der Republik wurde von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Kamenka aus geschossen.

Der Gegner verwendet Panzergeschütze, Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen.

**vormittags:**

de.sputniknews.com: US-Hacker spielten wohl Russland "schwarzen Peter" zu – Putin Hacker, die in westlichen Medien als „russisch“ bezeichnet wurden und denen man Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl vorwirft, sind wohl aus den USA selbst gekommen und haben Russland den schwarzen Peter geschickt zugespielt haben. Dies sagte

Russlands Präsident Wladimir Putin im Gespräch mit dem US-TV-Sender NBC. Demnach werfen manche Politiker im Westen regelmäßig „russischen Hackern“ vor, sich in die US-Wahlen im November 2016 eingemischt zu haben. Dabei würden aber keine konkreten Beweise angeführt. Solche Aussagen waren zum Beispiel für Vertreter der unterlegenen demokratischen US-Partei sowie den neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron typisch.

„Hacker können überall sein. Sie können in Russland, Asien und sogar in Amerika, in Lateinamerika sein. Es können übrigens auch Hacker in den Vereinigten Staaten sein, die sehr geschickt und professionell den schwarzen Peter Russland weitergegeben haben. Können Sie sich das nicht vorstellen? Während eines gespannten politischen Kampfes? Ich schon“, so Putin.

Zuvor hatte der russische Präsident beim St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum gesagt, dass dies eine Übertragung von innenpolitischen Streitigkeiten in den USA auf die außenpolitische Bühne sei und dass das für die internationalen Beziehungen, die Weltwirtschaft, die Sicherheitsfragen und den Kampf gegen den Terror schädlich sei.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowka, Krasnyj Jar, Sokolniki**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Gestern um 20:48 wurde in **Jasinowataja** in der Lesnitschestwo-Straße 1 eine **Frau**, geb. 1945, am Bein **verletzt**“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit. Die Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 54 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurden Mehrfachraketenwerfer, Panzer, Artillerie, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Insgesamt wurden **22 Ortschaften der Republik** beschossen. In der Folge der Beschüsse wurde in **Dokutschajewsk** ein Haus beschädigt.

„Seit dem Morgen haben die ukrainischen Truppen **Alexandrowka** beschossen, in der Folge wurde eine Transformatorunterstation in der Tscheljkskinzew-Straße beschädigt. Derzeit haben 40 Häuser keinen Strom“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung Konstantin Tschalyj mit.

Er fügte hinzu, dass derzeit die Wiederaufbauarbeiten laufen.

„Heute wurde in **Krutaja Balka** in der Schirokaja-Straße 24 in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein **Mann**, geb. 1957 **verletzt**“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

de.sputniknews.com: Warum man im Informationskrieg nicht siegen kann – Moskau  
Russland wird sich nicht in einen Informationskrieg einlassen und keine eigenen Fake-News als Gegengewicht zu denen aus dem Westen schaffen, wie die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, beim Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum (SPIEF) sagte.

"Es werden natürlich keine Fake-Meldungen und kein eigenes Arsenal von Desinformationen geschaffen", so Sacharowa, "denn dies wäre der Weg ins Nichts. Es geht ja nicht darum, wer den Krieg gewinnen soll."

Ihr zufolge kann in dieser Situation eine Parallele zu Nuklearwaffen gezogen werden, und „ein Atomkrieg kann ja auch nicht gewonnen werden“.

„Ebenso kann ein Informationskrieg nicht gewonnen werden. Denn vor allem Menschen werden dabei zu Opfern. Letzten Endes können sich die Menschen von den traditionellen Massenmedien abwenden und nach irgendwelchen alternativen Quellen suchen. Das ist weder gut noch schlecht, die Frage an die Medienvertreter wäre nur: Sind Sie darauf vorbereitet?“, so Sacharowa.

Das russische Außenministerium hat wiederholt Berichte westlicher Medien widerlegt. Auf seiner offiziellen Webseite ist mittlerweile sogar ein spezieller Abschnitt für Fake-Meldungen über Russland eingerichtet worden.

Der Westen wirft seinerseits periodisch russischen Medien die Verbreitung von Desinformationen vor. Beispielsweise sagte der französische Präsident Emmanuel Macron am Montag in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, er habe Mitarbeiter des Fernsehsenders RT und der Agentur Sputnik nicht in seinen Wahlstab gelassen, weil „sie Falschmeldungen und Insinuationen verbreitet haben“.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow wertete diese Worte von Macron als Ausdruck der „Russland-feindlichen Kampagne“ und betonte, dass derartige Äußerungen durch nichts begründet seien.

Rusvesna.su: Im Herbst erhalten die Ukrainer das Recht auf Waffen

Schon zum Herbst 2017 wird in der Ukraine ein Gesetzesentwurf zum freien Waffenbesitz vorbereitet.

Dies erklärte der Vorsitzende des Komitees für Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung der Ukraine Sergej Paschinski.

„Meine Position ist ganz klar. Ich weiß, dass meine Kollegen jetzt ein entsprechendes Gesetz vorbereiten, ich bin bereit es zu unterschreiben.“

Ich denke, dass man den ersten Schritt machen muss. Die Kategorie von Leuten definieren, denen wir ohne Bedenken Kurzwaffen geben können: Menschen, die ohne Beanstandung in der Armee gedient haben, Menschen, die ohne Beanstandung in der Nationalpolizei gedient haben, im SBU“, sagte er.

Es sei darauf hingewiesen, dass es nahezu unmöglich ist, heutzutage in der Ukraine Menschen zu finden, „denen man ohne Bedenken Waffen aushändigen kann“ (insbesondere aus den Reihen der „ATO“-Teilnehmer).



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/obezyana\\_s\\_pistoletom.jpg?itok=zyII7e4X](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/obezyana_s_pistoletom.jpg?itok=zyII7e4X)

dan-news.com: Die Behörden der DVR organisierten am Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“ einen Markt regionaler Produzenten  
Der Markt mit reduzierten Preisen im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass am KPP „Jelenowka“ im Südwesten der Hauptstadt der DVR versammelte örtliche Produzenten aus Donezk, Makejewka, Schachtjorsk und aus dem Bezirk Nowoasowskij. Darüber berichtet heute der Pressedienst des Ministeriums für Industrie und Handel.

„Heute fand im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass die Eröffnung des Marktes mit reduzierten Preisen am KPP „Jelenowka“ statt. Ich möchte betonen, dass er großes Interesse der Einwohner hervorrief. Alle kamen, kauften und fragten, wann der Markt das nächste Mal stattfinden werde“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur. Sie ergänzte, dass für die Einwohner eine breite Palette an Lebensmitteln bereit gehalten war – Fleisch, Fisch, Bach- und Wurstwaren, aber auch einige andere Waren wie Haushaltschemikalien....

In der Behörde wurde bekanntgegeben, dass der nächste Markt am 17. Juni stattfinden werde. Eine ähnliche Aktion findet am 10. und 24. Juni am KPP „Majorsk“ statt. Es wird eine Fortsetzung bis Ende Juli geplant...



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/04/%D0%AF%D1%80%D0%BC%D0%B0%D1%80%D0%BA%D0%B0-%D0%BD%D0%B0-%D0%BE%D0%BA%D1%82%D1%8F%D0%B1%D1%80%D1%8C%D1%81%D0%BA%D0%BE%D0%BC-18-1024x683.jpg>

de.sputniknews.com: **Kiew hofft auf millionenschwere EU-Hilfe für Donbass-Wiederaufbau‘**

Die Europäische Union diskutiert laut dem ukrainischen Parlament über die Bereitstellung

von 50 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Infrastruktur im Donbass. Das teilte der Pressedienst der Werchowna Rada unter Berufung auf den EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, mit, der das Gebiet Donezk besucht hatte.

„Der EU-Kommissar Johannes Hahn hat sich positiv zur Wiederherstellung der Objekte der städtischen Infrastruktur in Mariupol geäußert und mitgeteilt, dass die Europäische Union derzeit die Gewährung von zusätzlich 50 Millionen Euro an die Ukraine für die Umsetzung humanitärer Projekte und die Wiederherstellung der städtischen Infrastruktur erwägt“, heißt es auf der Webseite des Parlaments.

Wie zuvor berichtet wurde, waren der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin und der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, jüngst gemeinsam in den Donbass gereist.

Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur FAN ist auch der Leiter der OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine, Ertugrul Apakan, in der selbsterklärten Donezker Volksrepublik eingetroffen.

## Nachmittags:

de.sputniknews.com: Nato startet wieder Baltikum-Manöver

Am Samstag starten in Lettland die internationalen Nato-Übungen "Saber Strike", an denen mehr als 2000 Soldaten aus acht Ländern teilnehmen sollen. Bis zum 15. Juni sollen sie andauern.

Diese Übungen finden jährlich statt. Diesmal nehmen Militärs aus Lettland, Litauen, Italien, Norwegen, Großbritannien, Polen, der Slowakei und den Vereinigten Staaten teil.

Laut dem Verteidigungsministerium Lettlands ist das Ziel der Übungen die Verbesserung der regionalen Stabilität und Sicherheit, die Stärkung der Effizienz der partnerschaftlichen Kooperation sowie eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Allianz-Mitglieder.

Die Nato organisiert regelmäßig Militärübungen auf dem Territorium der baltischen Staaten.

Laut einem Plan, der auf der Seite der Allianz veröffentlicht wurde, sind dort allein im laufenden Jahr mindestens 16 internationale und nationale Übungen vorgesehen.

Zuvor war berichtet worden, dass vom 17. Bis 30. April 2017 die internationalen Nato-Militärübungen Summer Shield XIV in Lettland durchgeführt wurden, in deren Rahmen mehr als 1200 Militärs aus Lettland, den USA, Bulgarien, Estland, Kanada, Litauen, Großbritannien, Luxemburg, Rumänien, der Slowakei, Schweden und Deutschland trainierten.

armiyadnr.ru: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite hat wieder ihre Unfähigkeit demonstriert, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem sie begonnen hat, das Regime der Feueinstellung mit einem schändlichen Beschuss der Lampions, die die Seelen der im Donbass getöteten Kinder symbolisieren, zu verletzen.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **54 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

In **Richtung Donezk** wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften** beschossen. Der Gegner hat auf sie 30 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 24 Artilleriegeschosse des

Kalibers 122mm, 329 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm sowie 49 Panzergeschosse abgeschossen. In der Folge eines Beschusses unter Verwendung von Panzern, Mörsern (120mm und 82mm) und Granatwerfern aus dem Gebiet von Kamenka in Richtung Krutaja Balka wurde eine Stromleitung beschädigt, was dazu führte, dass die Stromversorgung der Donezker Filterstation unterbrochen wurde. Wir erinnern daran, dass die DFS mehr als 400.000 Verbraucher in Awdejewka, Jasinowataja, Donezk und anderen Ortschaften mit Wasser versorgt und diese Provokation der ukrainischen Streitkräfte ist genau gegen sie gerichtet.

In **Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **neun Ortschaften** beschossen. Vom Gegner wurden 59 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 15 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und acht Panzergeschosse abgeschossen. Es ist wichtig anzumerken, dass in der Folge eines zielgerichteten massiven Mörserbeschusses durch die Strafruppen auf Lukowo und durch direkte Treffer von Geschossen drei Wohnhäuser, das Gebäude einer Traktorbrigade und neun Landwirtschaftsmaschinen beschädigt wurden. Außerdem wurde in der Folge des Feuers aus zwei Richtungen, aus den Gebieten von Bogdanowka und Nowotroizkoje, auf Dokutschajewsk ein Wohnhaus beschädigt wurde. All dies zeugt davon, dass die ukrainischen Truppen zielgerichtet auf friedliche Objekte schießen und danach streben, ihnen möglichst hohen Schaden zuzufügen, die friedlichen Einwohner einzuschüchtern und ihre äußerste Brutalität zu demonstrieren.

In **Richtung Gorlowka** wurden die Gebiete von **Sajzewo** und des **Isotow-Bergwerks** beschossen, auf die der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen schoss.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Jasinowataja wurde die friedliche **Einwohnerin** G.I. Glinskaja, geb. 1945, **verletzt**.

Es ist wichtig anzumerken, dass mit Beginn der massiven Beschüsse des Territoriums der DVR die ukrainischen Truppen die **folgende Taktik** gewählt haben: zur Ablenkung der Aufmerksamkeit werden Erklärungen über einen angeblichen Beschuss von unserer Seite aus, Zerstörungen und Opfern unter der friedlichen Bevölkerung abgegeben, die im Endeffekt nicht bestätigt werden oder es sich beim der Untersuchung von Foto- und Videomaterialien ergibt, dass die Strafruppen selbst die Wohngebiete von von ihnen kontrollierten Ortschaften beschossen haben. Dabei sollte man die Aufmerksamkeit darauf richten, dass die Mehrheit der von der ukrainischen Seite genannten Zerstörungen und verletzten Einwohner nicht in den Sendungen der Fernsehkanäle und den Seiten der Informationsagenturen gezeigt werden, um nicht dumm dazustehen und so das Vertrauen in die Regierung und deren Massenmedien wesentlich zu untergraben.

So hat die ukrainische Regierung gestern vor Beginn des massiven Beschusses auf die Umgebung von Donezk und Spartak unter Anwendung von Mehrfachraketenwerfern „Grad“, schwerer Artillerie (Kaliber 122mm) und Mörsern verschiedenen Kalibers die Falschmeldung herausgegeben, dass angeblich in Marjinka friedliche Einwohner durch unser Feuer verletzt wurden. Dabei gab es dafür außer leeren Erklärungen keinerlei Bestätigungen. Dabei sind in den letzten paar Wochen in der „ATO“-Zone **mehr als 25 Filmteams** von Informationsagenturen eingetroffen, **um Fakes zu erstellen**, davon mehr als zehn ausländische. Dieser Fakt bestätigt nur, dass die ukrainische Regierung lügt und selbst Professionelle ihre Lügen nicht abmildern können.

Von unserer Aufklärung werden weiterhin Fälle entdeckt, dass **Positionen** der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie **verlassen** werden. Unter anderem wurde im Verlauf von Maßnahmen zum Wechsel der Dienstsichten von Einheiten der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Beobachtungsposten in der Nähe der Position „Weterok“ festgestellt, dass Soldaten ihre Posten in der Nacht eigenmächtig verlassen und nur einen Soldaten zurücklassen.

Außerdem wurde festgestellt, dass die **Versorgung mit Lebensmitteln** der Zugstützpunkte in

der 36. Marineinfanteriebrigade an den Frontpositionen **nachlässig** erfolgt, den Soldaten werden begrenzte Vorräte an Lebensmitteln geliefert, die selbst für einen Tag nicht reichen. Im Zusammenhang damit sind die Soldaten gezwungen, sich selbst Essen in den nächsten Ortschaften zu beschaffen.

Nach Informationen unserer Quellen im Stab der 36. Marineinfanteriebrigade ist die **Ankunft einer Gruppe aus 13 Soldaten in Nowoselowka** angekündigt, die **Spezialaufgaben** im Verantwortungsbereich des 137. Bataillons durchführen sollen. Außerdem kennen wir die Ziele und Aufgaben der Gruppe, den Arbeitsbereich und die realen Daten der Soldaten, anhand derer wir die Leichen werden identifizieren können.

Und zum Abschluss: unsere Aufklärung hat einen **Absatzkanal für Drogen** in den Einheiten der 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt. Unter anderem wurde von uns festgestellt, dass von medizinischem Personal des 61. Militärhospitals aus dem Gebiet von Wolodarskoje stark wirkende Drogen in den Stationierungsort eines Panzerbataillons im Gebiet von Granitnoje geliefert wurden, um sie in der Folge an die Soldaten zu verkaufen. Die Lieferung der Drogen erfolgt regelmäßig alle zwei Wochen.

Ukrinform.ua: Montenegro hat Einreiseverbote gegen 149 Personen aus Russland und der Ukraine, die für die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim mitverantwortlich sind, verhängt.

Das meldet die Internetseite B92.

Die Regierung Montenegros bestätigte gegenüber lokalen Medien, dass die Liste der Personen, die mit einem Einreiseverbot belegt wurden, aufgrund des Beschlusses des Europäischen Rates aufgestellt wird. Unter den betroffenen Personen seien der russische Vizepremierminister Rogosin, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Patruschew und der Präsident Tschetscheniens Kadyrow.

Ende April wurde bekannt, dass Montenegros Premierminister Dusko Markovic, Parlamentschef Ivan Brajović, Ex-Regierungschef Milo Đukanović sowie andere Politiker des Landes nach Russland nicht einreisen dürfen. Russland verhängt die Sanktionen als Gegenmaßnahme für die Unterstützung der EU-Sanktionen gegen Moskau durch Montenegro. Auf der russischen Sanktionsliste gibt es mindestens 70 Personen, darunter auch 46 Parlamentarier des Landes, die für den Beitritt Montenegros zur NATO stimmten.

de.sputniknews.com: Moskau besorgt: Washington gibt uns Schuld für Störung bei Dialog zu INF-Vertrag

Moskau ist wegen der anhaltenden Tendenz der USA, Russland für die Störungen bei der Normalisierung der bilateralen Beziehungen, insbesondere zum Thema INF-Vertrag, verantwortlich zu machen, zutiefst besorgt. Dies teilte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow am Samstag gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti mit. „Wir können nicht umhin, wegen der seitens der USA anhaltenden Tendenz, uns die Verantwortung für diese oder jene Störungen bei dem Dialog und dem Prozess der Beseitigung der existierenden Probleme zuzuschreiben, besorgt zu sein. Insbesondere betrifft das den INF-Vertrag, in dessen Zusammenhang wir eine neue Portion von Vorwürfen gegen Russland erhalten haben“, sagte Rjabkow.

Ferner betonte er, dass Moskau „mehrmals ausführlich“ seine Position erklärt habe, während die USA allerdings der konkreten Umsetzung der Forderungen, den INF-Vertrag zur Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen einzuhalten, ausweichen würden. Zuvor hatte das russische Außenministerium Washington dazu aufgerufen, die Verpflichtungen gemäß dem INF-Vertrag zu erfüllen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen das Regime der Feueereinstellung **sechsmal** verletzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 134 Mörsergeschosse und Granatgeschosse abgeschossen.

Er fügte hinzu, dass die ukrainische Seite wie zuvor weiterhin die Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie verletzt.

So wurde im Verantwortungsbereich der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, im Gebiet von Katerinowka, das ist ein halber Kilometer von der Kontaktlinie, die Stationierung einer Mörsermannschaft entdeckt, die vermutlich provokative Aktivitäten durchführen soll, sowie eines Schützenpanzer in einem Unterstand, um der Mannschaft Feuerdeckung zu geben.

Die ukrainischen Streitkräfte erleiden weiterhin nicht kampfbedingte Verluste aufgrund übermäßigen Alkoholgenusses.

So wurde bekannt, dass am 1. Juni ein Soldat des 2. Bataillons der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der sich auf einer Positionen im Gebiet von Solotoje befand, in betrunkenem Zustand drei Soldaten seiner Einheit mit dem Messer verletzt hatte und danach floh.

Derzeit befinden sich die Verletzten in der Intensivstation in Lisitschansk, nach dem Angreifer wird gefahndet.

Mit Beginn des Sommers haben in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der Zone der sogenannten „ATO“ befinden, **Probleme mit der Versorgung mit Trinkwasser, Lebensmitteln und Treibstoffen** begonnen.

So ist nach unseren Informationen die Situation mit der Wasserversorgung in der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte kritisch. Die Soldaten beschwerten sich über den Mangel an Trinkwasser. Die Soldaten müssen technisches Wasser trinken, das zum Genuss nicht geeignet ist.

Im Zusammenhang damit häufen sich in den Einheiten der Brigade die **Fälle von Lebensmittelvergiftungen und von Magen- und Darmerkrankungen**. In den medizinischen Einrichtungen sind allein in den letzten 24 Stunden etwa 20 Soldaten der ukrainischen Armee mit ernststen Darminfektionskrankheiten eingeliefert worden.

Wir vervollkommen weiter unser militärisches Können, in den Einheiten der Volksmiliz werden täglich Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt.

Heute gab es einen Probealarm zur Überprüfung der Gefechtsbereitschaft für die Artillerieeinheiten, einschließlich der Konzentration in Aufmarschgebieten und Organisation der militärischen Dienste.

Die Soldaten zeigten ein hohes Ausbildungsniveau und haben die Übungsaufgaben zur Vernichtung angenommener Ziele des Gegners überzeugend erfüllt.

de.sputniknews.com: Mitternachtsdinner in Petersburg: Das haben Putin, Gabriel und Schröder besprochen

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am späten Freitagabend Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und Altkanzler Gerhard Schröder zum Abendessen in seiner Residenz bei St. Petersburg empfangen, berichtet dpa.

Das Essen mitten in der Nacht habe etwa zwei Stunden gedauert. Gabriel soll die Residenz erst gegen 1.30 Uhr wieder verlassen haben. Zuvor soll ein Gespräch unter vier Augen zwischen dem russischen Staatschef und dem Bundesaußenminister stattgefunden haben. Anlass für Gabriels zweiten Russland-Besuch seit Beginn seiner Amtszeit als deutscher

Außenminister war das Internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Medienberichten zufolge hat Gabriel nach seinem Treffen mit Putin neue Vermittlungsgespräche auf höchster Ebene im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise in Aussicht gestellt.

„Wir haben schon die Hoffnung, dass es jetzt im Normandie-Format bis hin zur Ebene der Staats- und Regierungschefs auch weitergeht“, wird der Politiker zitiert.

Auch der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen sei Thema des Gesprächs mit dem russischen Präsidenten gewesen. Dabei soll Gabriel darauf verwiesen haben, dass in den vergangenen Tagen das Bundesumweltministerium mit Russland eine stärkere Kooperation beim Klimaschutz vereinbart habe.

Dan-news.com: Die DVR zahlte 46 Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges vom durch Kiew kontrolliertem Territorium einmalige Hilfe ausführlich

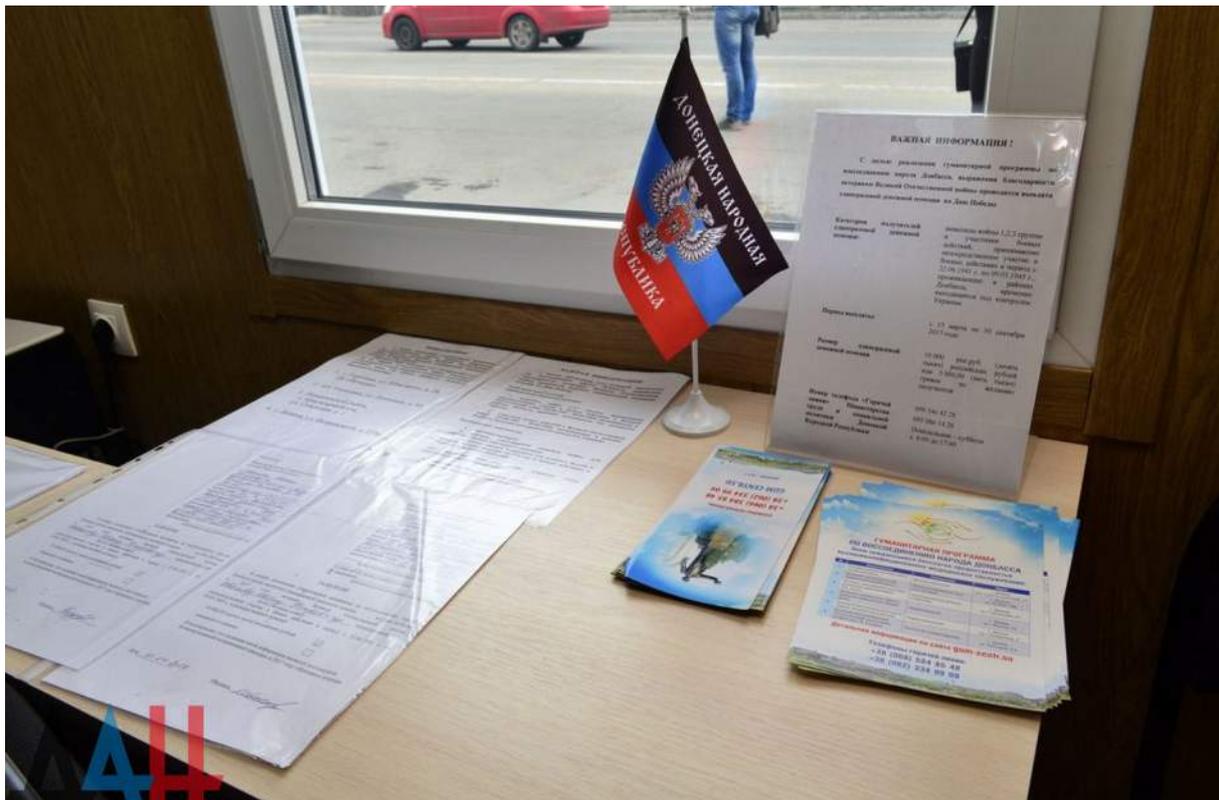
Die 46. Auszahlung einer Einmalzahlung für Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges vom durch Kiew kontrolliertem Territorium des Oblast Donezk wurde heute im Zentrum für Sozialhilfe und Verwaltungsdienstleistungen am KPP „Jelenowka“ durchgeführt. Dies berichtet heute der Pressedienst des Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Republik.

„Heute, am 3. Juni, wurde im Rahmewen der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass am KPP Jelenowka einmalige Hilfe anlässlich des Tages des Sieges ausgezahlt“, heißt es im Ministerium.

Es wurde ergänzt, dass die Hilfe der Enkelin des Veteranen aus dem Wolnowacha-Bezirk des von der Ukraine kontrollierten Teils des Oblast Donezk ausgezahlt wurde. Die Auszahlung erfolgte auf Wunsch des Empfängers in Griwna in Höhe von 5000. Die Verwandte des Veteranen bedankte sich im Namen des Großvaters bei der Regierung der Republik. „Daanke für die Hilfe, die Sorge und die Unterstützung, für alles, was Sie für das eigene Volk tun. Wir glauben an Sie und an eine gemeinsame Zukunft“, wird sie vom Pressedienst zitiert.

Nach aktuellen Informationen erhielten im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass anlässlich des Tages des Sieges 46 Veteranen eine Einmalzahlung, davon waren 14 von ihnen persönlich gekommen.

Wir erinnern daran, dass die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges von den durch Kiew kontrollierten Territorien das Recht auf eine Einmalzahlung im Rahmen des durch die Regierungen der LVR und DVR angekündigten Wiedervereinigungsprogramms haben. Die Auszahlungen laufen vom 15 März bis zum 30. September, in Höhe von 10.000 Rubeln. Auf Wunsch der Empfänger kann in Griwna gezahlt werden.



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/04/DSC0923-1024x679.jpg>

de.sputniknews.com: EU-Geld für Donbass-Wiederaufbau wird bei Kiewer Behörden landen – DVR-Abgeordneter

Der Abgeordnete des Volksrates der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DVR) Miroslaw Rudenko hat sich zu der Idee der Europäischen Union, der Ukraine 50 Millionen Euro für die Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur im Donbass bereitzustellen, skeptisch geäußert. In einem Interview für das Portal Life.ru sagte Rudenko, dass das europäische Programm zum Wiederbeleben der vom Krieg betroffenen Territorien im Donbass zum Scheitern verurteilt sei. Die meisten Geldmittel würden bei Kiewer Beamten bleiben.

„So viel uns bekannt ist, stellt Kiew faktisch keine Geldmittel für die Wiederherstellung der von ihm besetzten Territorien des Donbass bereit. Bis jetzt gibt es zerstörte Infrastruktur-Objekte in Slawjansk, obwohl die Kampfhandlungen dort vor drei Jahren beendet wurden. Sie sagen, das sei ihr eigenes Territorium, und verhalten sich dabei als Fremde. Ich bin überzeugt: Das EU-Geld wird nicht in den Donbass gelangen. Im besten Fall würden großtuerisch ein bis zwei Projekte organisiert. Das übrige Geld wird bei den Dienststellen von Kiewer Beamten bleiben“, so Rudenko.

Ihm zufolge wäre es logisch, dass Europa nicht nur für die von Kiew kontrollierten Territorien des Donbass, sondern auch für die selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk Geld bereitstelle. Diese seien durch die Kampfhandlungen, darunter auch durch ukrainischen Artilleriebeschuss, besonders stark betroffen gewesen, so der Abgeordnete. Die EU diskutiert laut dem ukrainischen Parlament über die Bereitstellung von 50 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Infrastruktur im Donbass, wie der Pressedienst der Werchowna Rada unter Berufung auf den EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, mitteilte.

„Der EU-Kommissar Johannes Hahn hat sich positiv zur Wiederherstellung der Objekte der städtischen Infrastruktur in Mariupol geäußert und mitgeteilt, dass die Europäische Union derzeit die Gewährung von zusätzlich 50 Millionen Euro an die Ukraine für die Umsetzung humanitärer Projekte und die Wiederherstellung der städtischen Infrastruktur erwägt“, heißt es

auf der Webseite des Parlaments.

Ukrinform.ua: Polen wird sich im UN-Sicherheitsrat mit der Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts beschäftigen.

Das erklärte der polnische Außenminister Witold Waszczykowski, berichtet Gazetaprawna.pl. Polen werde an der Lösung vieler Konflikte arbeiten. „Wir werden uns auch mit dem russisch-ukrainischen Konflikt beschäftigen“, sagte Waszczykowski.

Dem Minister zufolge müsse die Lage in der Ukraine auf der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates stehen.

Polen wurde zuvor, zusammen mit Kuwait, Peru, Côte d'Ivoire und Äquatorialguinea zum neuen nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gewählt.

## **Abends:**

de.sputniknews.com: „Die Macht um acht“: Ein Buch darüber, wie die „Tagesschau“ tickt. Jeden Abend schauen etwa neun Millionen Menschen die „Tagesschau“ der ARD. Die Sendung gilt als wichtigster Nachrichtenüberblick des Landes. Seit der Ukraine-Krise und dem Syrienkrieg mehren sich jedoch die Zuschauer-Beschwerden. Der Journalist Ulrich Gellermann hat diese zusammen mit zwei ehemaligen NDR-Mitarbeitern untersucht. *Herr Gellermann, Forscher der Universität Harvard haben die Medienberichterstattung über die ersten 100 Tage der Präsidentschaft von Donald Trump in den USA, aber auch in Großbritannien und Deutschland untersucht. Für Deutschland wurde exemplarisch die „Tagesschau“ der ARD untersucht. Heraus kam, dass niemand so negativ über Trump berichtet wie die Tagesschau: 98 Prozent aller Berichte der ARD hatten einen negativen Inhalt. Überrascht Sie das?*

Also erst mal kann ich mir ein fettes Grinsen nicht verkneifen. Sie wissen, dass die „Tagesschau“ zu jener Medienfraktion zählt, die mit dem Begriff Anti-Amerikanismus hantiert, um Kritik an den USA mundtot zu machen. Und jetzt wurde sie selbst bei heftigem Anti-Amerikanismus erwischt. Das ist schon ein Grund zur Erheiterung.

Aber ernsthaft: Nein, es überrascht mich nicht. Denn die ARD und mit ihr die „Tagesschau“ hat einen Wahlkampf für Hillary Clinton geführt, gegen Trump. Der Zuschauer sollte glauben: Trump wäre von den Russen gesteuert, also böse, und Hillary wäre die Gute. Beides stimmte natürlich nicht. Und jetzt hat die ARD den Wahlkampf verloren. Aus dieser Sicht eines Wahlkampfverlierers beurteilen die Mitarbeiter der „Tagesschau“ heute ihren damaligen Favoriten Trump.

*Sie haben ein Buch veröffentlicht, in dem Sie genau das, nämlich die Berichterstattung der „Tagesschau“ untersuchen. Warum gerade die „Tagesschau“? Hätten Sie es sich nicht einfacher machen und die Bildzeitung untersuchen können? Aber die Tagesschau — das ist ja nun der heilige Gral der seriösen Berichterstattung.*

Ja, das erzählt man sich. Unser Buch heißt deshalb ja auch „Die Macht um Acht“. Es gibt in Deutschland kein anderes Medium, das eine ähnlich wichtige Position in der Nachrichtengattung hat wie die „Tagesschau“. Das hat damit zu tun, dass sie riesige Zuschauer-Quoten erzielt. Sie schlägt täglich jedes andere Medium, ohne Probleme. Das liegt auch am von Ihnen zitierten Ruf der Sendung, wenn Sie sagen: Sie gilt als ‚Heiliger Gral‘ des Journalismus. Das ist natürlich Unsinn. Auch die Tagesschau verbreitet Fake News wie die Bild-Zeitung. Allerdings ist die Spezialität der ARD nicht das Verbreiten von Fake-News,

sondern von No-News.

*Wie sind Sie vorgegangen bei Ihrer Untersuchung? Mit wem haben Sie zusammengearbeitet? Worauf basiert Ihre Kritik?*

Wir haben das Buch zu dritt geschrieben. Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer sind zwei ehemalige ARD-Mitarbeiter, also altgediente Journalisten, die aus dem Inneren des Apparats kommen. Wir haben über mindestens zwei Jahre sehr sorgsam die Tagesschau-Ausgaben beobachtet. Die beiden Kollegen haben dazu noch jede Menge Programmbeschwerden geschrieben, die der ARD und der Tagesschau sehr detailliert permanente Fake- News, beziehungsweise No-News nachgewiesen haben.

*Wie ist das Prozedere, wenn man Programmkritik an den Öffentlich-Rechtlichen äußern will. Kann ich denen einfach eine Email schicken mit meiner Beschwerde?*

Bräutigam und Klinkhammer haben das immer gern an den jeweiligen Rundfunkrat geschrieben. Das ist ein Gremium, das den Redaktionen beigeordnet ist und nach den Rundfunkstaatsverträgen für die Öffentlich-Rechtlichen eine kontrollierende Funktion haben könnte. Man kann auch an den Intendanten direkt schreiben. Man kriegt sogar irgendwann eine Antwort. Nach sechs bis acht Wochen. Meistens handelt es sich um den immer gleichen Stehsatz. Wir beschwerten uns weniger wegen der ARD-Reaktion, sondern wir stellen unsere Kritik ins Netz und führen so eine öffentliche Medien-Debatte.

*Von den ganzen Programmbeschwerden, die Ihnen bekannt sind, ist da jemals eine akzeptiert worden, also dass die Verantwortlichen gesagt haben: Ja, sorry, da haben wir einen Fehler gemacht?*

Nein, auf keinen Fall. Das machen die Sender nicht. Sie wollen ja ihr Gesicht wahren. Wenn, dann reagieren sie indirekt. Vor kurzem hat der ARD-aktuell Chefredakteur Dr. Kai Gniffke reagiert, natürlich ohne Namen zu nennen, ohne konkret zu werden. Jüngst hat er über das Inforadio des „rbb“ verbreiten lassen, dass diejenigen, die Kritik an der Tagesschau üben, nur „Hater“, also Hasser sind. Das ist eine beliebte Methode, um sachliche Kritik abzuwürgen: Kritiker gelten eben nicht als rational, sondern bestenfalls als emotional.

*Oft geht es ja heutzutage, gerade bei den sogenannten seriösen Medien subtiler zu. Das ist ja oft keine Holzhammer-Propaganda à la Bildzeitung. Welche Rolle spielt das Wording? Und vielleicht könnten Sie dafür ein, zwei Beispiele geben?*

Ganz typisch ist das sprachliche Um-Schminken von Fakten im Syrienkrieg gewesen. Die „Tagesschau“ hat aus den dort agierenden Terroristen gern „Rebellen“ oder „Aufständische“ gemacht, sie also positiv formuliert. Eine ähnliche Sprach-Methode hat sie auch im Ukrainekrieg eingesetzt. Dort wurden dann aus gewöhnlichen Nazis Freiheitskämpfer. Und wie selbstverständlich heißt die Europäische Union in der Gniffke-Redaktion immer wieder „Europa“. So als gehöre Russland nicht zu Europa. Ein politsprachlicher Trick, der nicht nur ausgrenzt, sondern parallel auch noch westliche Machtansprüche reklamiert.

Eine zweite Methode der Desinformation ist die Auswahl der Nachrichten bzw. das Weglassen. Die Tagesschau läuft nun mal nur 15 Minuten. Da kann man wirklich nicht alle Themen abbilden.

Nehmen Sie zum Beispiel eine Meldung vom 23. Mai, da hat die Eliteeinheit der US Navy Seals mal eben im Jemen ein paar Leute getötet. Diese Nachricht existiert bei der „Tagesschau“ einfach nicht, obwohl der Einsatz der USA völkerrechtswidrig war, obwohl es ein Kriegsverbrechen war. Aber das ist genau so eine Nachricht, die lieber unterdrückt wird. Die „Tagesschau“ macht in solchen Fällen lieber No-News, die elegante Variante der Fake-News. Denn im Jemen-Krieg sind zwei Partner der Bundesrepublik engagiert: Die USA und Saudi-Arabien. Da will die Tagesschau kein diplomatisches Porzellan zerschlagen. Keiner zwingt die „Tagesschau“ alle Themen zu bringen. Aber das, was sie bringt, das sollte schon der Wahrheit entsprechen.

*Die meisten der in Ihrem Buch angeführten Beschwerden beziehen sich auf die Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt und den Syrienkrieg. Warum gibt es gerade hier*

*so viele Fehler und warum reiben sich so viele Menschen an diesen Themen?*

Das gesamte System der „Tagesschau“ fußt in der Kriegsberichterstattung darauf, generell „gute“ und „schlechte“ Kriegsparteien zu behaupten. Das liegt daran, dass die ARD ein parteiisches Instrument ist. Sie arbeitet fast wie ein Regierungssender. Sie übernimmt das Wording, das heißt die Richtlinien, die von der Regierung vorgegeben werden. Wer parteiisch an einen Krieg herangeht, der kann keine saubere Berichterstattung machen. Allerdings sind die Zuschauer der Tagesschau nicht blöd. Wer in der heißen Zeit des Ukraine-Konflikts auf die Internetseite der „Tagesschau“ ging, der konnte in den Diskussionsforen eine erstaunliche Sachkunde bei den Zuschauern bemerken, die fast täglich der „Tagesschau“ Fehler nachwiesen.

Außerdem muss man vermuten, dass eine parteiische Kriegsberichterstattung den nächsten Krieg vorbereitet: Das treibt viele Menschen um, das macht ihnen Sorgen.

*Die Hauptfrage ist ja bei so etwas immer: ist das Absicht oder Unwissenheit? Zweiteres würde ich eigentlich bei so einer hochprofessionellen, hochbezahlten und bestens personell und technisch ausgestatteten Redaktion wie der der „Tagesschau“ ja fast nicht für möglich halten.*

Es ist eine Mischung. Natürlich ist es im wesentlichen Absicht der Redaktion, den Regierungs-Mainstream zu verbreiten. Da gibt es klare politische Richtlinien, meiner Auffassung nach, auch wenn wir das nur schwer nachweisen können. Aber so viele Ähnlichkeiten zwischen Regierungs-Meinung und Nachrichtengebung können keine Zufälle sein. Außerdem gibt es jüngere Journalisten in der Tagesschau-Redaktion, die sich an den scheinbar erfahrenen und wichtigen Redakteuren orientieren. Jene Redakteure, die auch darüber entscheiden, ob der junge Kollege seinen Job behält oder nicht, ob er Karriere machen kann. Dieses Konglomerat aus regierungsfreundlicher Parteilichkeit und sehr eingeschränkter Professionalität schafft das Ergebnis, das wir kennen: Einen Mangel an Objektivität und Sachkunde.

Interview: Armin Siebert

**dnr-news.com: Die ukrainische Armee beschoss die Umgebung von Donezk und Jasinowataja, es gibt Zerstörungen**

Ukrainische Militärs haben im Laufe des Tages das Dorf Staromichailowka im Westen von Donezk und den Stadtrand von Jasinowataja beschossen, 7 Häuser wurden beschädigt. Dies erklärte heute der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos Eduard Basurin. „Heute gegen 15:00 wurde durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ein Granatwerferbeschuss des Dorfes Staromichailowka durchgeführt, in Folge dessen 7 Häuser beschädigt worden sind. Abends, gegen 19:30, setzten die ukrainischen Militärs den Beschuss unseres Territoriums fort, jetzt des Bezirks Jasinowataja, unter Anwendung von Granatwerfern verschiedenen Kalibers und schwerer Artillerien“, sagte der stellvertretende Kommandeur.

Er betonte, dass erneut auch das Gebiet der Donezker Filterstation (Wasserwerke) unter Beschuss genommen wurde.

**de.sputniknews.com: Trump „verschluckt“ seine Wahlversprechen – Assad**

Der syrische Staatschef Baschar al-Assad hat dem US-Präsidenten Donald Trump vorgeworfen, seine Wahlversprechen nicht erfüllt zu haben.

Wie Assad am Samstag in Damaskus in einem Interview für das indische Staatsfernsehen sagte, hat Trump die meisten seiner Wahlversprechen „verschluckt“ und seinen Kurs um 180 Grad gedreht.

Laut Assad hat Trump erneut bewiesen, dass er nur eine ihm zugeteilte Rolle spiele und keine selbstständige Figur sei, die Beschlüsse fassen könne.

Während seines Wahlkampfes um das Präsidentenamt hatte Trump mehrfach gesagt, dass der Kampf gegen die Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) zu den Prioritäten seiner Außenpolitik gehören würde.

Die syrische Opposition hatte Anfang April über zahlreiche Opfer eines Giftgasangriffs auf die Stadt Chan Scheichun (Provinz Idlib) berichtet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht. Trotz aller Dementis von Damaskus und der Aufrufe Moskaus, eine Untersuchung zu dem tragischen Vorfall durchzuführen, feuerten US-Kriegsschiffe Dutzende Marschflugkörper gegen den syrischen Militärflugplatz Schairat ab, von dem angeblich der Giftgasangriff erfolgt sein soll.